

VON JOËL WIDMER

BERN Das Steuergeld sitzt bei den Beamten beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs) locker. In einem Rapport zu Zivilschutzanlagen forderte ein Babs-Mitarbeiter im Oktober die Vertreter von Kantonen und Gemeinden auf, die bereitgestellten Millionen endlich abzuholen. Er warnte: Der Baukredit «von 10 Millionen Franken pro Jahr wird nicht ausgeschöpft!!!» (siehe *Ausriss rechts*). Es bestehe die Gefahr, dass der Kredit vom Finanzdepartement gekürzt werde. Die Kantonsvertreter werden aufgefordert, Projekte sofort einreichen und ausführen zu lassen. Obwohl der Bedarf an Erneuerungs- und Rückbauprojekten bei Schutzbauten offensichtlich klein ist, schreibt der Beamte: «Es muss rasch ein Kostenüberhang von 30 Millionen Franken geschaffen werden.»

Finanzpolitiker sind über die freigiebige Haltung der Beamten aus Ueli Maurers Departement empört. Das sei eine Frechheit, sagt der grüne Nationalrat Daniel Vischer. «Es kann nicht sein, dass wir Sparprogramme diskutieren und dann eine Verwaltungseinheit die Schutzraumlobby in den Kantonen zu Ausgaben motiviert.»

Das Bundesamt verteidigt seine Beamten. Man habe wegen einer Gesetzesrevision bei den Kantonen den langfristigen Erneuerungsbedarf erhoben. Für die folgenden drei bis vier Jahre

Bitte die Millionen abholen!

Ueli Maurers Beamte fordern zum raschen Ausgeben von Steuergeldern auf

6.5 TWE- und Rückbauprojekte

Situation

- Der Kredit für TWE- und Rückbauprojekte von CHF 10 Mio./Jahr wird nicht ausgeschöpft !!!
- Es besteht die Gefahr, dass der Schutzbautenkredit durch die Bundesfinanz gekürzt wird

Massnahmen

- Projekte in den Kantonen nach Rücksprache mit BABS sofort einreichen und ausführen lassen
- Es muss rasch ein Kostenüberhang von mind. CHF 30 Mio. geschaffen werden

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS
Geschäftsbereich Infrastruktur

Auszug aus einem Protokoll des Bundesamts für Bevölkerungsschutz: «Es muss rasch ein Kostenüberhang von 30 Millionen Franken geschaffen werden.»

habe sich ein Kreditbedarf von rund 30 Millionen Franken ergeben, sagt ein Babs-Sprecher. Ein Kostenüberhang ermögliche eine konstante Kreditauslastung über mehrere Jahre. Das Vorgehen laufe den Sparanstrengungen des Bundes nicht zuwider, da keine zusätzlichen Mittel ausgegeben würden, sondern unbestrittene Vorhaben termingerecht realisiert werden sollten, sagt der Sprecher.

«Das ist der Versuch, die Bundeskasse zu plündern»

Den Finanzpolitikern genügen diese Erklärungen allerdings nicht. Laut CVP-Ständerat Urs Schwaller muss sich das Parlament darauf verlassen können, dass die von den Ämtern und Departementen eingegeben Zahlen die tatsächlichen Bedürfnisse des nächsten Jahres widerspiegeln. «So kann man nicht budgetieren», kritisiert Schwaller. Laut SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen versucht man hier die Bundeskasse zu plündern, «obwohl offensichtlich Aufträge aus den Kantonen fehlen». Sie wundere sich aber nicht, dass dies im Verteidigungsdepartement geschehe: «Bundesrat Maurer ist ein Kostenaufblähungsminister.»

Auch für SVP-Nationalrat Gregor Rutz ist das Verhalten der Beamten «kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern». Er fordert seinen Bundesrat auf, zu handeln: «Da muss die Führung im Departement eingreifen.» Nur die Korrektur der Negativbeispiele würde ein Umdenken ermöglichen.